

## VORÜBERGEHENDE VERLANGSAMUNG DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS

### PROGNOSE FÜR 2001 UND 2002

*Die Abschwächung der Konjunktur in den USA und die Folgen der Erdölverteuerung werden das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr dämpfen. Nach einem kräftigen Konjunkturaufschwung 2000 (+3,3%) wächst die österreichische Wirtschaft 2001 um nur noch 2,6%. Im Jahr 2002 dürfte die Konjunktur wieder anziehen. Die Dynamik reicht aus, um die Arbeitslosenquote weiter zurückgehen zu lassen. Auch die Inflationsrate wird bei sinkendem Erdölpreis und Dollarkurs deutlich verringert.*

Der kräftige Aufschwung der österreichischen Wirtschaft wird schon nach einem Jahr durch die Auswirkungen der Erdölverteuerung und die Abschwächung der Konjunktur in den USA gebremst. Die heimische Konjunktur erreichte im Sommer ihren Höhepunkt, seither hat sie deutlich an Schwung verloren. Im III. Quartal betrug das Wirtschaftswachstum in Österreich gut 2% (nach +4% im 1. Halbjahr). Der Kaufkraftabfluss in die erdölproduzierenden Länder beeinträchtigte den privaten Konsum und die Investitionsneigung der Unternehmen.

In den USA reagiert die Konjunktur zunehmend auf den Anstieg der Energiekosten und die restriktive Geldpolitik. Die Landung der Wirtschaft könnte weniger „sanft“ ausfallen als bisher erwartet. Auch in Europa zeichnet sich 2001 eine Wachstumsverlangsamung ab, nachdem die letzte Konjunkturdelle erst 1999/2000 überwunden wurde. Die Rohölpreise dürften zwar zurückgehen, aber noch immer um etwa 50% über dem Niveau von 1999 liegen.

Infolge der ungünstigeren internationalen Rahmenbedingungen wird sich das Wirtschaftswachstum in Österreich von 3,3% (2000) auf 2,6% im Jahr 2001 verlangsamen. Die erwartete Abschwächung der Export- und Investitionsnachfrage wird die Expansion der Sachgütererzeugung von 6½% auf 4½% dämpfen.

Im Jahr 2002 sollte jedoch die internationale Konjunkturabschwächung durch eine expansive Geld- und Budgetpolitik in den USA überwunden werden können. In der EU und in Österreich dürfte das Wachstum wieder leicht anziehen.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1998	1999	2000	2001	2002	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,8	
Nominell	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,6	+ 4,1	+ 4,1	
Sachgütererzeugung <sup>1)</sup> , real	+ 4,4	+ 2,4	+ 6,5	+ 4,5	+ 5,0	
Private Konsumausgaben, real	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,3	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,7	+ 2,3	+ 3,1	
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 5,2	+ 4,6	+ 6,0	+ 4,0	+ 5,0	
Bauten	+ 0,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,5	
Warenxporte <sup>3)</sup>						
Real	+ 8,1	+ 7,7	+12,0	+ 7,0	+ 8,0	
Nominell	+ 8,4	+ 7,0	+15,9	+ 9,7	+10,7	
Warenimporte <sup>3)</sup>						
Real	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,0	+ 7,0	
Nominell	+ 6,6	+ 6,7	+13,4	+ 8,1	+ 9,7	
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. S	-64,5	-75,1	-84,7	-69,7	-60,8
	Mrd. Euro	- 5,5	- 6,2	- 5,1	- 4,4	
	in % des BIP	- 2,5	- 2,8	- 3,0	- 2,4	- 2,0
Sekundärmarktrendite <sup>4)</sup>	in %	4,7	4,7	5,6	5,3	5,2
Verbraucherpreise		+ 0,9	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,3
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>		4,5	3,8	3,3	3,2	3,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>6)</sup>		7,2	6,7	5,9	5,3	5,2
Unselbständig Beschäftigte <sup>7)</sup>		+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	- 2,3	- 2,1	- 1,4	- 0,8	± 0,0

<sup>1)</sup> Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – <sup>2)</sup> Einschließlich sonstiger Anlagen. – <sup>3)</sup> Laut Statistik Österreich. – <sup>4)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – <sup>5)</sup> Laut Eurostat. – <sup>6)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>7)</sup> Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzgeld.

Die Wirtschaftsentwicklung beeinflusst auch den Staatshaushalt. So trug die gute Konjunktur im Jahr 2000 spürbar zur Verringerung des Budgetdefizits bei. Eine rigorose Ausgabenpolitik wirkt naturgemäß stärker, wenn die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen reichlich fließen, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Fonds hohe Überschüsse machen.

Das Defizit aller öffentlichen Haushalte beträgt heuer 1,4% des BIP – ohne den Einmaleffekt des Verkaufs der UMTS-Lizenzen 1,8%. Trotz der Steuer- und Familienreform ist das Defizit damit niedriger als 1999 (2,1% des BIP), wozu die Anhebung der Verbrauchsteuern und anderer Abgaben wesentlich beitrug.

Im Jahr 2001 werden die Konsolidierungsmaßnahmen eine Halbierung des Defizits bewirken. Vor allem die Anhebung von Steuern und Abgaben und die Auslagerungen im Bereich der Länder werden dazu beitragen, das Defizit der öffentlichen Haushalte auf 0,8% des BIP zu verringern. Die Revision der Wachstumsprognose für das Jahr 2001 dürfte für die Staatseinnahmen relativ geringe Auswirkungen haben: Die Prognose der Lohn- und Gehaltssumme als der wichtigsten Steuer- und Abgabebasis bleibt ebenso wie jene der Arbeitslosigkeit nahezu unverändert.

Im Jahr 2002 werden die Einsparungen auf der Ausgabenseite (Pensionsreform und Personalaufwand im öffentlichen Dienst) zunehmend wirksam. Die öffentlichen Haushalte werden deshalb 2002 erstmals kein Defizit aufweisen, sofern der Konjunkturverlauf nicht zu sehr von den aktuellen Erwartungen („Soft Landing“ in den USA) abweicht.

Von den öffentlichen Haushalten werden 2001 – im Gegensatz zu 2000 – dämpfende Effekte auf die Nettoeinkommen ausgehen: Die Erhöhung von Steuern und Abgaben sowie die Abschwächung der Konjunktur drücken die Kaufkraft. Die mäßige Zunahme der realen Nettomasseneinkommen (+3/4%) engt den Spielraum für die Konsumausweitung ein. Die Verbraucher werden ihre Ausgaben nur dann wie erwartet um 2% steigern können, wenn sie ihre Spartätigkeit spürbar einschränken.

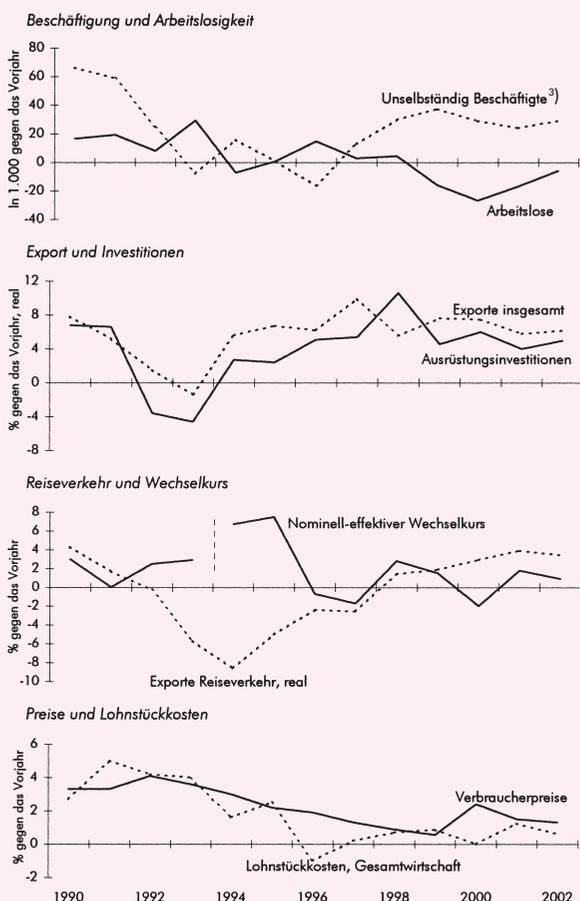
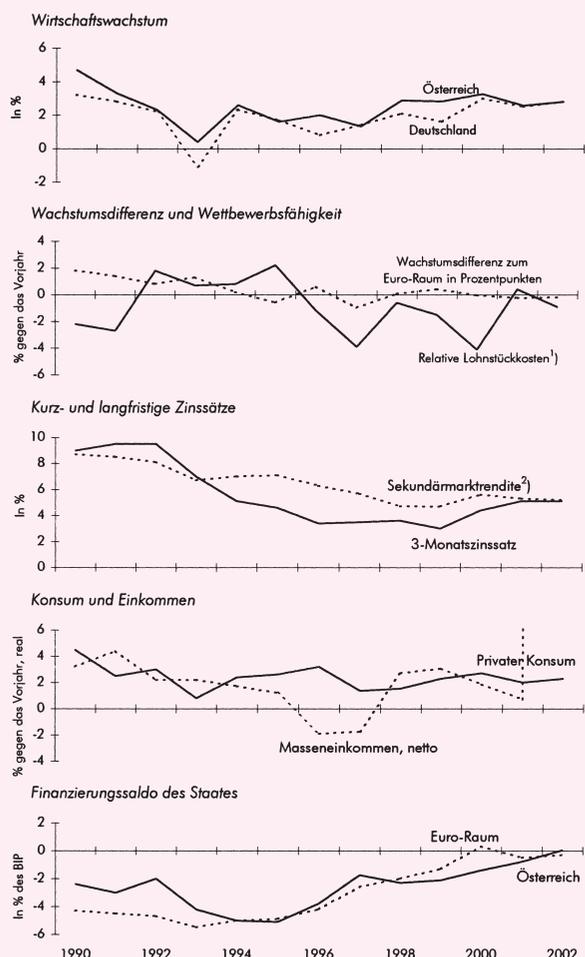
Die Inflationsrate hat im November 2000 mit 3,1% im Jahresabstand ihren Höhepunkt erreicht. Da der Beitrag der Energiepreise zur Teuerung immer mehr abklingt und im Vorjahresvergleich sogar ins Gegenteil umschlägt, wird die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2001 auf 1,5% und 2002 auf 1,3% sinken. Im Jahr 2000 trägt die Erdölpreishausse fast 1 Prozentpunkt zur Teuerungsrate bei. Die Verringerung der Inflationsrate wird nicht nur durch ein Nachgeben der Rohölpreise, sondern auch durch den erwarteten Anstieg des Euro-Kurses begünstigt. Weiters fallen ab Juni 2001 die Auswirkungen der Anhebung der Verbrauchsteuern auf die Inflationsrate (+0,5 Prozentpunkte im Vorjahresabstand) weg. Darüber hinaus ist mit einem Rückgang der Strompreise und Telefongebühren sowie einer günstigeren Entwicklung der Mieten und Saisonwarenpreise zu rechnen. Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) wird jedoch wegen der Überwälzung der hohen Energiekosten von 1,8% auf 2,3% im Jahr 2001 steigen und erst 2002 nachgeben.

Mit dem Nachlassen der Wirtschaftsdynamik wird sich die Beschäftigungsausweitung im nächsten Jahr etwas verlangsamen (auf +24.000). Angesichts der Neuregelungen bezüglich der Krankenversicherungsbeiträge für nichtberufstätige Partner (ohne Kinder) dürfte ein Teil der Betroffenen eine Teilzeitbeschäftigung (über der Geringfügigkeitsgrenze) anstreben. Die Arbeitslosigkeit wird weiterhin deutlich zurückgehen, aber etwas schwächer als in diesem Jahr. 2001 ist eine Arbeitslosenquote von nur noch 5,3% (nach nationaler Definition) zu erwarten. Die zusätzlichen Arbeitsplätze werden in stärkerem Maße als in den letzten Jahren durch Arbeitslose besetzt, weil die „stille Reserve“ an Arbeitskräften schon teilweise abgebaut wurde. Weiters wird die Arbeitswilligkeit und -fähigkeit der Arbeitslosen genauer überprüft, das Arbeitslosengeld wird häufiger gesperrt als früher.

**FORCIERTE BUDGETKONSOLIDIERUNG**

Die gute Konjunktur trägt im Jahr 2000 nicht nur zum Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern auch zur Verringerung der Budgetdefizite bei. Der Finanzierungssaldo aller öffentlichen Haushalte wird heuer –1,4% des BIP betragen – ohne den Einmaleffekt des Verkaufs der UMTS-Lizenzen –1,8%.

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik



Bruch: ESVG 1979/ESVG 1995. - <sup>1)</sup> In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. - <sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). - <sup>3)</sup> Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzgeld.

Im nächsten Jahr fällt der Beitrag der Konjunktur zur Budgetkonsolidierung geringer aus. Darüber hinaus wird der Bundeshaushalt durch zusätzliche Subventionen für die Bahn mit rund 7 Mrd. S belastet. Vor allem die Anhebung von Steuern und anderen Abgaben und die Auslagerungen im Bereich der Länder werden dazu beitragen, das Defizit der öffentlichen Haushalte auf 3/4% des BIP zu verringern.

*Die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte liegt heuer bei 1,4% des BIP. Im Jahr 2001 werden die Konsolidierungsmaßnahmen eine Halbierung des Defizits zur Folge haben, und 2002 ist ein „Nulldefizit“ wahrscheinlich.*

Im Jahr 2002 werden die Einsparungen auf der Ausgabenseite (Pensionsreform und Beamtengehälter) zunehmend wirksam. Die Pensionsreform wird 2002 bereits Einsparungen von mehr als 10 Mrd. S bringen. Die Gehälter der Beamten werden um nur 0,8% erhöht, die Zahl der Beamten wird (zum Teil durch Auslagerungen) verringert. Im Jahr 2002 werden die öffentlichen Haus-

halte wahrscheinlich nicht defizitär sein: Der Bundeshaushalt wird noch ein Defizit von 3/4% des BIP aufweisen, das jedoch durch Überschüsse der Länder und Gemeinden kompensiert wird. Eine Voraussetzung für diese günstige Budgetperspektive ist, dass der Konjunkturverlauf nicht weit von den aktuellen Erwartungen („Soft Landing“ in den USA) abweicht.

Der Sparkurs dürfte das Wirtschaftswachstum kurzfristig in den Jahren 2001 und 2002 um jeweils 1/4 Prozentpunkt dämpfen<sup>1)</sup>. Langfristig werden von einem ausgeglichenen Staatshaushalt positive Angebotseffekte erwartet. Die Unternehmer und Konsumenten können in Zukunft eher mit Steuersenkungen als -erhöhungen rechnen.

**KEINE WEITEREN ZINSERHÖHUNGEN**

Die Inflationsrate ist im Euro-Raum infolge der Erdölverteuerung und des Dollar-Höhenflugs deutlich gestiegen:

<sup>1)</sup> Siehe Breuss, F., „Fiskalpolitische Disziplinierung durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt: Österreich auf dem Weg zum Nulldefizit – Eine Modellanalyse“, in Neck, R., Holzmann, R., Schneider, F. (Hrsg.), Staatsschulden am Ende? Ursachen, Wirkungen und Zukunftsperspektiven, Manz, Wien, 2000.

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1998	1999	2000	2001	2002
	Mrd. S				
<b>Budgetpolitik</b>					
Finanzierungssaldo des Bundes	-77,1	-64,8	-60,0	-45,0	-23,0
	In % des BIP				
Finanzierungssaldo des Bundes	- 2,9	- 2,4	- 2,1	- 1,5	- 0,7
Finanzierungssaldo des Staates	- 2,3	- 2,1	- 1,4	- 0,8	± 0,0
Primärsaldo des Staates	1,5	1,4	2,1	2,7	3,4
	In %				
<b>Geldpolitik</b>					
Dreimonatszinssatz	3,6	3,0	4,4	5,1	5,1
Sekundärmarktrendite <sup>1)</sup>	4,7	4,7	5,6	5,3	5,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Effektiver Wechselkurs					
Nominell	+ 2,8	+ 1,5	- 2,0	+ 1,8	+ 0,9
Real	+ 0,3	- 1,1	- 2,5	+ 0,8	± 0,0

<sup>1)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<b>Bruttoinlandsprodukt, real</b>					
OECD insgesamt	+ 2,3	+ 2,6	+ 3,5	+ 2,3	+ 2,5
USA	+ 4,4	+ 4,2	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,8
Japan	- 2,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,0
EU	+ 2,8	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,0
Euro-Raum	+ 2,8	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,0
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,8
Ost-Mitteuropa <sup>1)</sup>	+ 3,5	+ 3,3	+ 4,2	+ 4,0	+ 4,3
Welthandel, real	+ 5,6	+ 5,8	+13,0	+ 8,0	+ 8,5
OECD-Exporte	+ 5,6	+ 5,0	+13,0	+ 7,0	+ 8,0
Intra-OECD-Handel	+ 8,3	+ 7,5	+12,3	+ 6,5	+ 8,0
Marktwachstum <sup>2)</sup> Österreichs	+11,7	+ 6,3	+12,0	+ 7,0	+ 7,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise <sup>3)</sup>					
Insgesamt	-23,0	+13,0	+44,0	- 9,0	- 2,0
Ohne Rohöl	-13,0	- 8,0	+ 3,0	+ 1,0	+ 2,0
Erdölpreis <sup>4)</sup> \$ je Barrel	12,6	17,3	30,0	26,0	25,0
Wechselkurs \$ je ECU bzw. Euro	1,121	1,067	0,92	1,00	1,10

<sup>1)</sup> Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – <sup>2)</sup> Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – <sup>3)</sup> HWWA-Index, Dollarbasis. – <sup>4)</sup> Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

von 1,2% 1999 auf 2,4% im Jahr 2000. Die Europäische Zentralbank reagierte darauf mit einer Anhebung der Zinsen – die wichtigsten Zinssätze wurden seit Oktober 1999 um 2¼ Prozentpunkte erhöht. Im Gegensatz zu den USA liegen die kurzfristigen Zinssätze in der Euro-Zone noch etwas unter den langfristigen.

Für das kommende Jahr zeichnen sich ein Rückgang der Rohölpreise (von 30 \$ auf 26 \$ je Barrel) und eine Erholung des Euro-Kurses ab. Die Inflationsrate wird deshalb in der Euro-Zone trotz einer teilweisen Überwälzung der Kostensteigerungen annähernd konstant bleiben oder leicht sinken.

In einem solchen Szenario erscheint eine weitere Zinserhöhung durch die EZB nicht unmittelbar erforderlich. Dies wird durch die jüngsten Beschlüsse bestätigt: Der EZB-Rat legte anlässlich seiner Sitzungen im November und Dezember fest, den Mindestsatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,75% zu belassen. Die EZB begründete diese Beschlüsse damit, dass sich das Wachstum der Geldmenge M3 tendenziell verlangsamt und die Kerninflation niedrig sei<sup>2)</sup>. Die Inflationsrate betrug in der Euro-Zone im November 2,9%, die Kerninflation 1,5%.

Da sich die Konjunktur in Europa 2001 günstiger entwickeln wird als in den USA, dürfte die EZB zunächst Zinssenkungen der Notenbank der USA nicht mitmachen. Die Konstanz der Inflationsrate bietet allerdings der Europäischen Zentralbank für den Fall einer unerwartet starken Konjunkturabschwächung einen Spielraum für eine Gegensteuerung.

Im November intervenierte die EZB auf den Devisenmärkten, um den Euro-Kurs zu stützen. Da ein niedriger Euro-Kurs einen Aufwärtsdruck auf die Importpreise erzeugt, versucht die EZB dieses Inflationsrisiko zu verringern. Nach Ansicht der EZB sind die Vorteile, die ein

<sup>2)</sup> Europäische Zentralbank, Monatsbericht, November 2000.

niedriger Euro-Kurs der Exportwirtschaft bringt, nur ein kurzfristiges Phänomen, sie würden durch den induzierten Anstieg der Importpreise aufgezehrt.

Im Dezember zeigte der Euro-Kurs eine merkliche Aufwärtstendenz gegenüber dem Dollar. Die relative Entwicklung der Aktienkurse, der Realzinsen und des Wachstums sowie die erwartete Abschwächung der Nettokapitalabflüsse in die USA lassen eine Fortsetzung dieses Trends im nächsten Jahr erwarten. „Prognostizierbar“ sind die Wechselkurse jedoch nicht.

**ERSTE ANZEICHEN FÜR EINE ABSCHWÄCHUNG DER INTERNATIONALEN KONJUNKTUR**

Seit dem Herbst mehrten sich die Hinweise auf eine Abkühlung der internationalen Konjunktur<sup>3)</sup>. Die hohen Erdölpreise und die restriktive Geldpolitik bremsen den Konjunkturaufschwung in den Industrieländern.

Die OECD schätzt den dämpfenden Effekt der Rohölpreishausse nunmehr stärker ein (-½ Prozentpunkt). Die Erdölnotierungen dürften zwar nach den Annahmen des WIFO im nächsten Jahr auf 26 \$ je Barrel zurückgehen, sie wären damit aber noch immer um 50% höher als 1999.

Das WIFO war schon in seiner Herbstprognose relativ pessimistisch bezüglich der Wirtschaftsaussichten für die USA. Die seit dem Frühjahr inverse Zinsstruktur ließ eine spürbare Konjunkturabschwächung erwarten<sup>4)</sup>. Nun be-

<sup>3)</sup> Marterbauer, M., „Dämpfung des Wachstums der Weltwirtschaft im Jahr 2001“, WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(12).

<sup>4)</sup> Walterskirchen, E., „Prognose für 2000 und 2001: Erdölverteuerung und Budgetkonsolidierung dämpfen Wirtschaftswachstum“, WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(10); zum Einfluss einer inversen Zinsstruktur siehe auch Estrella, A., Mishkin, F. S., „The Yield Curve as a Predictor of U.S. Recessions“, Federal Reserve Bank of New York, Current Issues in Economics and Finance, 1996, 2(7).

stätigt sich dies immer mehr in den Daten: Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich in den USA im III. Quartal bereits unter die 3%-Marke, im IV. Quartal nahmen die negativen Meldungen zu. Die Tendenz zu sinkenden Aktienkursen spiegelt diese Schwächezeichen wider.

In den USA werden die restriktiven Effekte der Geldpolitik verstärkt durch den Kaufkraftausfall infolge der Erdölverteuerung. Das Wirtschaftswachstum geht deshalb im nächsten Jahr auf 2% bis 2½% zurück. Die Wirtschaftspolitik wird dieser Entwicklung jedoch relativ rasch gegensteuern. Durch eine Senkung der Zinssätze und eine expansive Budgetpolitik (Steuersenkung) kann die Konjunkturschwäche, die schon Mitte 2000 einsetzte, wahrscheinlich bald überwunden werden. Für 2002 ist deshalb wieder mit einem Wirtschaftswachstum von fast 3% zu rechnen.

In der EU hat sich die Stimmung der Verbraucher infolge der Erdölpreishausse deutlich eingetrübt. Die massive Umverteilung der Kaufkraft zu den erdölproduzierenden Staaten dämpft die Konsumneigung. Dieser Kaufkraftverlust kann umso besser bewältigt werden, je rascher die Exporte in diese Länder anspringen.

Die Erfahrungen der siebziger Jahre zeigen, dass die restriktiven Wirkungen des Erdölpreisanstiegs zunächst durch einen Lageraufbau im Bereich energieintensiver Produkte (NE-Metalle, Stahl, Papier usw.) verdeckt werden können. Erst nach dessen Ende zeigen sich die vollen Effekte der Erdölverteuerung und der geldpolitischen Reaktionen darauf. Das Wirtschaftswachstum dürfte deshalb in der Euro-Zone von 3,3% in diesem Jahr auf 2,8% 2001 zurückgehen.

In Deutschland weist der Ifo-Geschäftsklimaindex schon seit fünf Monaten abwärts. Die BIP-Expansion blieb im III. Quartal mit 2,8% unter den Erwartungen. Die Bauinvestitionen sanken beträchtlich (-5%), und der private Konsum blieb verhalten. Das Wachstum der Gesamtwirtschaft wird sich von 3% auf 2½% im Jahr 2001 abschwächen. Die Verlangsamung wird durch eine expansive Budgetpolitik (Steuersenkung) gebremst.

## EXPORTDYNAMIK LÄSST NACH

Den österreichischen Exporteuren kommen heuer der Aufschwung der Weltwirtschaft und die Schwäche des Euro zugute. Die Ausfuhr ist stark gestiegen, besonders in Staaten außerhalb der EU (allerdings nicht in die OPEC). Bis zum August spiegelt sich in den Daten noch kein Nachlassen der Ausfuhrdynamik. Die Warenexporte nehmen heuer real um etwa 12% zu, deutlich stärker als in den Jahren 1998 und 1999 (jeweils rund +8%). Dabei geht die Zunahme der Nachfrage aus Drittländern (USA, Entwicklungsländer usw.) weit über jene der EU hinaus. Das Wirtschaftswachstum wurde damit, vor allem im 1. Halbjahr, vom Export entscheidend stimuliert.

Die sich abzeichnende Abschwächung der Weltkonjunktur wird nächstes Jahr auch die österreichische Ausfuhr beeinträchtigen, sie wird 2001 real um 7% steigen (nach +12% 2000). Darüber hinaus fallen die Wettbewerbsvorteile durch den schwachen Euro-Kurs weg – dies wirkt sich aber erst mit einer Verzögerung von mehr als einem halben Jahr aus. Nach einem merklichen Rückgang im Jahr 2000 werden die relativen Lohnstückkosten der österreichischen Sachgüterhersteller gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner 2001 leicht zunehmen.

Die Warenimportpreise steigen heuer wegen der Erdölverteuerung und der Euro-Schwäche um 2 bis 3 Prozentpunkte rascher als die Exportpreise. Der Kaufkraftverlust an die erdölproduzierenden Länder macht rund 1% des Nationaleinkommens aus. Im nächsten Jahr werden sich die Terms-of-Trade dank der Rohölverbilligung leicht verbessern.

Die Leistungsbilanz verschlechtert sich heuer spürbar: um 10 Mrd. S auf rund -85 Mrd. S. Sie wird vor allem durch die Energieimporte belastet. Im nächsten Jahr ist infolge der Wende in der Terms-of-Trade-Entwicklung eine Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits zu erwarten.

Der Aktivsaldo der Reiseverkehrsbilanz verringert sich heuer im Gegensatz zu den letzten Jahren: Während die Reiseverkehrs Ausgaben der Österreicher etwa im internationalen Gleichklang zunehmen (real +5%), verliert der österreichische Tourismus – von einem sehr hohen Niveau ausgehend – Marktanteile. Gemessen am Wachstum der internationalen Reisemärkte erzielen die heimischen Tourismusbetriebe ein relativ schwaches Ergebnis. Die Ausländernächtigungen gehen zurück. Die Deviseneinnahmen steigen jedoch real um 3%: Höhere Ausgaben der Gäste pro Übernachtung machen die Nächtigungseinbußen wett. Im kommenden Jahr dürften die Urlaubsausgaben der Österreicher angesichts einer abgeschwächten Zunahme der Nettomasseneinkommen nicht mehr so rasch ausgeweitet werden wie heuer, der Reiseverkehrssaldo wird sich etwas verbessern.

## GERINGERE ZUWÄCHSE DER SACHGÜTERPRODUKTION

*Nach einem guten Jahr 2000 mit einer Steigerung um 6½% wird sich das Wachstum der Sachgüterproduktion in Österreich 2001 infolge einer Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen auf 4½% verlangsamen.*

Die österreichische Wirtschaft wuchs im III. Quartal nach vorläufigen Berechnungen mit +2,1% nur etwa halb so rasch wie im 1. Halbjahr. Entscheidend war die

Produktivität

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<b>Gesamtwirtschaft</b>					
Bruttoinlandsprodukt, real	+3,3	+2,8	+3,3	+2,6	+2,8
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+0,8	+1,4	+1,1	+0,9	+1,0
Vollzeitaquivalent	+0,2	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+2,5	+1,4	+2,2	+1,6	+1,8
Vollzeitaquivalent	+3,0	+2,2	+2,6	+2,0	+2,2
<b>Sachgütererzeugung</b>					
Produktion <sup>2)</sup>	+3,4	+2,3	+6,5	+4,5	+5,0
Beschäftigte <sup>3)</sup>	+0,1	-0,7	+0,3	+0,1	+0,2
Stundenproduktivität <sup>4)</sup>	+3,2	+3,6	+5,9	+4,3	+4,8
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten <sup>5)</sup>	+0,1	-0,6	+0,3	+0,1	±0,0

<sup>1)</sup> Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – <sup>2)</sup> Nettoproduktionswert, real. – <sup>3)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>4)</sup> Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – <sup>5)</sup> Laut Konjunkturerhebung von Statistik Österreich.

Abschwächung im Einzel- und Großhandel, in der Bauwirtschaft und im Tourismus. Die Expansion der Sachgütererzeugung hat sich nur wenig verlangsamt.

Im Jahresdurchschnitt 2000 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 3,3% betragen. Diese leichte Revision der Prognose nach unten trägt den Auswirkungen der Erdölverteuerung Rechnung, die stärker ausfielen als erwartet.

Nächstes Jahr wird das österreichische BIP vor allem wegen der erwarteten Abkühlung der internationalen Konjunktur um nur 2,6% zunehmen. Infolge der forcierten Budgetsanierungsmaßnahmen dürfte die Rate um etwa ¼ Prozentpunkt unter dem EU-Durchschnitt bleiben. Die Produktivitätssteigerung (bezogen auf Vollzeitaquivalente) wird bei schwächerer Kapazitätsauslastung der Wirtschaft von 2½% (2000) auf 2% zurückgehen.

Die Sachgüterproduktion wies bis zum Herbst noch kaum Anzeichen einer Konjunkturabkühlung auf. In den

Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<b>Real (zu Preisen von 1995)</b>						
Land- und Forstwirtschaft	55,6	57,3	57,9	-5,0	+3,0	+1,0
Sachgütererzeugung und Bergbau <sup>1)</sup>	546,5	571,0	599,6	+6,5	+4,5	+5,0
Energie- und Wasserversorgung	75,0	76,4	78,0	+2,0	+2,0	+2,0
Bauwesen	193,8	195,7	198,6	+2,0	+1,0	+1,5
Handel <sup>2)</sup>	334,7	342,4	351,0	+3,0	+2,3	+2,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	94,6	97,9	100,9	+3,0	+3,5	+3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	199,7	205,6	212,4	+3,5	+3,0	+3,3
Kreditinstitute und Versicherungen	172,4	176,7	181,1	+4,5	+2,5	+2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>3)</sup>	366,8	377,8	391,0	+4,2	+3,0	+3,5
Öffentliche Verwaltung <sup>4)</sup>	161,9	162,7	163,5	+1,0	+0,5	+0,5
Sonstige Dienstleistungen	330,3	334,6	339,0	+1,8	+1,3	+1,3
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>5)</sup>	2.531,1	2.598,2	2.672,9	+3,5	+2,7	+2,9
Bruttoinlandsprodukt	2.686,3	2.755,4	2.832,8	+3,2	+2,6	+2,8

<sup>1)</sup> Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – <sup>2)</sup> Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – <sup>3)</sup> Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – <sup>4)</sup> Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – <sup>5)</sup> Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Entwicklung der Nachfrage

	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<b>Real (zu Preisen von 1995)</b>						
Konsumausgaben insgesamt	2.031,5	2.069,6	2.113,0	+2,7	+1,9	+2,1
Private Haushalte <sup>1)</sup>	1.505,5	1.535,7	1.571,0	+2,7	+2,0	+2,3
Staat	526,0	533,9	541,9	+2,5	+1,5	+1,5
Bruttoinvestitionen	631,1	652,6	672,5	+2,8	+3,4	+3,1
Bruttoanlageinvestitionen	626,4	641,0	660,8	+3,7	+2,3	+3,1
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	278,8	289,9	304,4	+6,0	+4,0	+5,0
Bauten	347,6	351,1	356,4	+2,0	+1,0	+1,5
Vorratsveränderung <sup>3)</sup>	4,7	11,6	11,7			
Statistische Differenz	0,0	0,0	0,0			
Inländische Verwendung	2.662,6	2.722,2	2.785,5	+2,7	+2,2	+2,3
Exporte	1.287,7	1.362,1	1.446,0	+7,5	+5,8	+6,2
Reiseverkehr	138,5	143,9	148,8	+2,9	+3,9	+3,4
Minus Importe	1.264,0	1.328,9	1.398,6	+6,3	+5,1	+5,2
Reiseverkehr	109,2	112,9	116,2	+4,8	+3,4	+2,9
Bruttoinlandsprodukt	2.686,3	2.755,4	2.832,8	+3,3	+2,6	+2,8
Nominell	2.838,0	2.954,3	3.075,7	+4,6	+4,1	+4,1
Mrd. Euro	206,2	214,7	223,5			

<sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – <sup>3)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

ersten drei Quartalen stieg die Sachgüterproduktion real um 7%.

Besonders große Zuwächse verzeichneten jene Branchen, die auch in der Vergangenheit zunächst vom Lageraufbau im Zuge einer Erdölkrise profitierten (NE-Metalle, Stahl, Papier usw.). Aber auch die Kfz-Zulieferer und die Hersteller von Investitionsgütern steigerten ihre hohe Produktion beträchtlich. Im III. und IV. Quartal fielen die Unternehmererwartungen weniger optimistisch aus, die Beurteilung der Geschäftslage und der Produktionserwartungen verschlechterte sich. Die Stimmung der Unternehmer trübte sich jedoch weniger ein als jene der Verbraucher.

Die erwartete Abschwächung der Export- und Investitionsdynamik wird sich im nächsten Jahr auch auf die Sachgüterproduktion auswirken, die Wachstumsrate wird von 6½% auf 4½% zurückgehen.

AUSWEITUNG DER INLANDSNACHFRAGE VERLANGSAMT

Der private Konsum war im 1. Halbjahr (+3,6%) wichtige Konjunkturstütze. Im III. Quartal gingen jedoch die realen Umsätze des Einzelhandels (ohne Kfz-Handel) nicht mehr über das Vorjahresniveau hinaus, der Kfz-Handel blieb deutlich darunter. Die Kaufkraft einbußen der Konsumenten durch die starke Erdölverteuerung waren ein wichtiger Grund dieser Stagnation. Auch die Dynamik des Großhandels ließ im Herbst deutlich nach.

Im Jahresdurchschnitt 2000 steigen die privaten Konsumausgaben (real +2,7%) und die Ausrüstungsinvestitionen (+6%) zwar kräftig, aber schwächer als bisher angenommen.

Im nächsten Jahr wird die mäßige Zunahme der realen Nettomasseneinkommen (+¾%) den Spielraum für die

## Konsum, Einkommen und Preise

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	+2,9	+2,3	+2,7	+2,0	+2,3
Dauerhafte Konsumgüter	+7,0	+8,4	±0,0	+1,0	+2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+2,3	+1,4	+3,1	+2,1	+2,3
Nettomasseneinkommen	+2,7	+3,1	+1,9	+0,7	+1,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Direktkredite an inländischen Nichtbanken (Jahresendstände)	+3,7	+5,2	+7,2	+4,4	+5,1
	In %				
Inflationsrate	0,9	0,6	2,4	1,5	1,3
Kerninflation <sup>2)</sup>	1,2	0,8	1,8	2,3	1,7

<sup>1)</sup> Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Ohne Energie und Nahrungsmittel.

Konsumausweitung einengen. Von den öffentlichen Haushalten gehen im Gegensatz zum Jahr 2000 dämpfende Effekte auf die Nettoeinkommen aus: Die Erhöhung von Steuern und anderen Abgaben sowie die mäßige Anhebung der Beamtgehälter und -pensionen (+1½%) drücken die Kaufkraft. Darüber hinaus verringert die Abschwächung der Konjunktur den Anstieg der Nettomasseneinkommen. Die Verbraucher werden die erwartete Konsumsteigerung (etwa +2%) nur realisieren können, wenn sie ihre Spartätigkeit spürbar einschränken. Der Pkw-Handel, dessen ungünstiges Ergebnis heuer die Ursache der Stagnation der Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter war, wird sich im nächsten Jahr wieder normalisieren.

Die Investitionstätigkeit war im 1. Halbjahr außerordentlich rege, sie verliert aber mit zunehmender Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf an Schwung. Die Stagnation der Importe von Investitionsgütern im Herbst weist darauf hin, dass auch die Investoren durch die Rohölpreishausse verunsichert wurden. Gegen Jahresende bewirkt die bevorstehende Streichung der Investitionsprämie Vorzieheffekte, im kommenden Jahr wird jedoch der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen gebremst sein.

Auch in der Bauwirtschaft sind Vorzieheffekte wegen der Streichung der Investitionsprämie zu erwarten. Bauleistungen werden so weit wie möglich noch in diesem Jahr fakturiert werden. Im IV. Quartal sollte auch das milde Wetter spürbare Zuwächse ermöglicht haben. Die Bauwirtschaft dürfte heuer real um 2%, nächstes Jahr um 1% wachsen. Wie in den letzten Jahren wird die Expansion des Bausektors signifikant hinter jener der Gesamtwirtschaft zurückbleiben. Die geringe Nachfrage nach Wohnungen drückt den Neubau, der Tiefbau bleibt bei knappen öffentlichen Mitteln ohne Dynamik, der Wirtschaftsbau nimmt jedoch zu.

## NACHLASSENDER PREISAUFTRIEB

Die Inflationsrate hat im November mit 3,1% ihren Höhepunkt erreicht. Sie wird in der Folge spürbar sinken,

## Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	+3,0	+2,0	+2,0	+2,7	+2,5
Vollzeitaquivalent	+3,6	+3,0	+2,5	+3,1	+2,9
Realeinkommen je Arbeitnehmer <sup>1)</sup>					
Brutto	+2,5	+1,2	-0,3	+1,2	+1,2
Netto	+2,3	+0,9	+0,6	+0,4	+0,7
Nettomasseneinkommen, nominell	+3,3	+3,7	+4,2	+2,2	+3,0
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+0,7	+0,9	-0,0	+1,2	+0,6
Sachgütererzeugung	-1,7	-0,5	-3,7	-1,2	-1,4
Relative Lohnstückkosten <sup>2)</sup>					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	-0,6	-1,5	-4,1	+0,4	-0,9
Gegenüber Deutschland	+0,4	-0,1	-0,5	-0,2	-1,1
Effektiver Wechselkurs Industriewaren					
Nominell	+2,5	+0,6	-2,2	+1,4	+0,8
Real	+0,5	-1,3	-2,5	+0,5	±0,0

<sup>1)</sup> Beschäftigungsverhältnisse. – <sup>2)</sup> In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

weil der Beitrag der Energiepreise zur Teuerung (im Vorjahresvergleich) allmählich wegfällt. Der Vorjahresabstand der Rohölpreise verzeichnete bereits im I. Quartal einen Höchstwert, seither wurde er deutlich geringer.

*Die Inflationsrate wird 2001 auf 1,5% zurückgehen – vor allem weil der Beitrag der Energiepreise zur Teuerung wegfällt. Die „Kerninflation“ wird jedoch steigen.*

Im Jahresdurchschnitt 2000 ist mit einer Teuerungsrate von 2,4% zu rechnen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) steigt heuer – vor allem wegen unterschiedlicher Gewichtung der einzelnen Positionen – langsamer als der VPI. Die Teuerungsrate gemäß HVPI liegt unter dem EU-Durchschnitt.

Für 2001 wird ein Rückgang der Inflationsrate auf 1,5% erwartet. Dies steht im Einklang mit der Abschwächung der internationalen und heimischen Konjunktur sowie dem zu erwartenden Nachgeben der Rohölpreise (von 30 \$ auf 26 \$ je Barrel), dessen Effekt durch das Anziehen des Euro-Kurses noch verstärkt wird. Im Jahr 2001 wird ein neuer Verbraucherpreisindex mit aktualisierter Gewichtung der Warengruppen publiziert, der die Teuerungsrate nach bisherigen Erfahrungen eher niedriger ausweisen wird als der derzeit verwendete Index.

Entscheidend für den Rückgang der Inflationsrate im nächsten Jahr ist der Wegfall des Energiepreiseffekts, der heuer fast +1 Prozentpunkt ausmacht. Ab Juni 2001 fallen die Auswirkungen der Anhebung der Verbrauchsteuern auf die Inflationsrate (+0,5 Prozentpunkte im Vorjahresabstand) weg. Darüber hinaus ist mit einem Rückgang der Strompreise und Telefongebühren sowie einer günstigeren Entwicklung der Mieten und Saisonwarenpreise zu rechnen. Andererseits werden die höheren Abschlüsse in der Herbstlohnrunde die Dienst-

leistungspreise stärker steigen lassen und die verzögerte Überwälzung der Rohölpreissteigerung die industriell-gewerblichen Waren verteuern.

Der Anstieg der Warenimportpreise wird heuer auf 6% geschätzt, jener der Großhandelspreise beträgt 4½%. Die Unternehmen sind gezwungen, infolge der höheren Energiekosten entweder niedrigere Gewinnmargen hinzunehmen oder die Kosten auf ihre Preise zu überwälzen – soweit dies die Konkurrenzsituation zulässt. Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) wird wegen dieser Überwälzungsprozesse von 1,8% auf 2,3% im Jahr 2001 steigen. Für 2002 ist ein Rückgang der Kerninflation ebenso wie der Gesamtteuerung zu erwarten.

Die Rohölverteuerung wird nur begrenzt auf die Löhne überwälzt. In der Metallindustrie wurden zwar die Ist-Löhne angesichts der guten Exportkonjunktur mit +3,4% kräftig angehoben. Die anderen Branchen blieben jedoch zum Teil weit darunter (Mindestgehälter im Handel +2,4% bis +3,0%). Im öffentlichen Dienst steigen die Gehälter unter dem Druck der Budgetkonsolidierung um nur 1,5%.

Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter je Vollzeitbeschäftigten erhöhen sich heuer – zum Teil auch dank konjunkturbedingter Ausweitung der Arbeitszeit – um 2½%. Im nächsten Jahr dürfte sich der Anstieg infolge der höheren Lohnrunde auf etwa 3% beschleunigen.

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten bleiben heuer stabil, sie werden jedoch nächstes Jahr um etwa 1% steigen. Die Entwicklung der Realeinkommen (+1%) fällt dabei neuerlich schwächer aus als die Produktivitätsverbesserung.

## ARBEITSLOSIGKEIT GEHT 2001 WEITER ZURÜCK

*Das hohe Wirtschaftswachstum lässt die Arbeitslosigkeit heuer deutlich sinken. Der Rückgang konzentriert sich auf ältere Arbeitslose und muss ebenso wie die abgeschwächte Beschäftigungsausweitung im Zusammenhang mit dem verstärkten Übergang in das Pensionssystem gesehen werden. Im nächsten Jahr wird sich der Abbau der Arbeitslosigkeit mit etwas geringerem Tempo fortsetzen.*

Das rege Wirtschaftswachstum schlägt sich heuer in einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsmarktlage nieder. Der Zuwachs der Beschäftigung hat sich jedoch seit dem Frühsommer verlangsamt. Dies geht hauptsächlich auf eine Welle von vorzeitigen Pensionierungen (insbesondere von Beamten) vor dem Inkrafttreten der neuen

### Arbeitsmarkt

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000				
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>					
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	+22,1	+32,2	+27,9	+24,5	+ 4,8
Unselbständig Beschäftigte insgesamt <sup>1)</sup>	+21,1	+31,2	+26,0	+22,5	+ 2,7
Ohne Präsenziener und Bezieher von Karenzgeld	+29,8	+37,2	+29,0	+24,0	+29,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in % + 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9
Präsenziener und Bezieher von Karenzgeld <sup>1)</sup>	- 8,7	- 6,0	- 3,0	- 1,5	-26,3
Ausländische Arbeitskräfte	- 0,2	+ 7,8	+14,0	+17,0	+18,0
Selbständige <sup>2)</sup>	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>					
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige)	+11,0	+19,8	+23,1	+20,5	+19,5
Erwerbspersonen im Inland	+26,5	+16,2	+ 1,2	+ 7,5	- 1,2
Ausländer	+ 0,7	+ 6,6	+13,0	+14,0	+16,0
Wanderung von Inländern	+ 3,9	+ 3,0	- 1,5	- 1,0	- 2,0
Inländer	+21,9	+ 6,6	-10,3	- 5,5	-15,2
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>					
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>3)</sup>	+ 4,4	-16,1	-26,7	-17,0	- 6,0
Stand	in 1.000 237,8	221,7	195,0	178,0	172,0
<i>Arbeitslosenquote</i>					
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,5	3,8	3,3	3,2	3,2
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,5	6,0	5,3	4,8	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,2	6,7	5,9	5,3	5,2
Erwerbsquote <sup>4)</sup>	67,6	67,6	67,4	67,3	67,0
Beschäftigungsquote <sup>5)</sup>	63,2	63,6	63,8	64,0	63,9

<sup>1)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Ab 2002 ist die Karenzzeit keine Versicherungsleistung. – <sup>2)</sup> Laut WIFO. – <sup>3)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>4)</sup> Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – <sup>5)</sup> Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Pensionsregelungen zurück. Der Ersatz ausscheidender Arbeitskräfte wird durch Budgetbeschränkungen im öffentlichen Dienst und ein knapper werdendes Arbeitskräfteangebot erschwert. Die Beschäftigung ist in der Bauwirtschaft und im öffentlichen Dienst rückläufig, in der Sachgütererzeugung und vor allem im privaten Dienstleistungssektor steigt sie jedoch. Im Jahresdurchschnitt ist die Zahl der Arbeitsplätze heuer um rund 29.000 (+1%) höher als im letzten Jahr.

Die Wirtschaftsdynamik begünstigt auch den Abbau der Arbeitslosigkeit. Die zusätzlichen Arbeitsplätze werden in stärkerem Maße als in den letzten Jahren durch Arbeitslose besetzt, weil die „stille Reserve“ an Arbeitskräften schon teilweise abgebaut wurde. Etwa die Hälfte der Verringerung der Arbeitslosigkeit geht allerdings auf die Altersgruppe der über 50-Jährigen zurück, der auch im Zusammenhang mit dem verstärkten Zugang ins Pensionssystem zu sehen ist. Darüber hinaus dürfte die Zuerkennung von Arbeitslosengeld immer rigorosere gehandhabt werden: Die Arbeitswilligkeit und -fähigkeit der Arbeitslosen wird genauer überprüft, der Anspruch auf Arbeitslosengeld häufiger gesperrt als früher.

Mit dem Abflauen der Wirtschaftsdynamik wird sich das Tempo der Beschäftigungsausweitung im nächsten Jahr etwas verlangsamen (+0,8%). Aufgrund der Neuregelungen bezüglich der Krankenversicherungsbeiträge für nichtberufstätige Partner (ohne Kinder) wird ein Teil der Betroffenen eine Teilzeitbeschäftigung knapp über der

Geringfügigkeitsgrenze anstreben. Die Arbeitslosigkeit wird weiterhin deutlich zurückgehen, aber ebenfalls etwas schwächer als in diesem Jahr. 2001 ist eine Arbeitslosenquote von nur noch 5,3% (nach nationaler Definition) zu erwarten. Die von Eurostat errechnete Arbeitslosenquote lässt sich kaum prognostizieren. Sie wird zunächst mit der Entwicklung der Arbeitslosenquote (laut

AMS) fortgeschrieben und nach Vorliegen der Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (vom März) korrigiert. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat liegt für das Jahr 2000 bei 3,3%, sie kann aber noch revidiert werden.

Abgeschlossen am 19. Dezember 2000.

# PREPARITY

## Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung

Das transnational organisierte Projekt PREPARITY verfolgt das Ziel, die politisch Verantwortlichen in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze auf die EU-Erweiterung vorzubereiten.

Auf der Grundlage wissenschaftlicher Analysen – realisiert in 16 Teilprojekten – werden wirtschafts- und regionalpolitisch relevante Entscheidungshilfen zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt der Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) ausgearbeitet. PREPARITY liefert zudem den Hintergrund für ein strategisches Grobkonzept zur wirtschaftlichen Raumentwicklung und -planung für die Grenzregionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze. Geographisch konzentriert sich die Untersuchung auf österreichische, deutsche und italienische Regionen an der EU-Außengrenze. Von den Nachbarstaaten werden die 5 Länder des mitteleuropäischen Raums (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) miteinbezogen.

Der interdisziplinäre Ansatz des Projekts (Ökonomie, Raumplanung bzw. Geographie) garantiert, dass im Bereich der Politikberatung für die Entscheidungsträger eine Vielfalt an Instrumenten zur Verfügung stehen wird und das Grobkonzept in hohem Maß operationalisierbar ist. Die Ergebnisse der länderbezogenen Projektteile werden zu einem transnationalen Gesamtergebnis zusammengeführt und im Jahr 2001 abschließend präsentiert.

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC • Förderträger: Ämter der Landesregierungen Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Wien sowie Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit • Koordination: Peter Mayerhofer, Gerhard Palme

### **Teilprojekt 1: Institutionelle Rahmenbedingungen für die Osterweiterung der EU**

Jan Stankovsky • 2000 • 90 Seiten • ATS 400,00 bzw. EUR 29,07

### **Teilprojekt 2: Macroeconomic Developments in the Candidate Countries with Respect to the Accession Process**

János Gács (Koordination) • 1999 • 150 Seiten • ATS 500,00 bzw. EUR 36,34

### **Teilprojekt 3: Regionalwirtschaftliche Entwicklung in den MOEL**

Peter Huber, Gerhard Palme • 2000 • ATS 400,00 bzw. EUR 29,07

### **Teilprojekt 4: Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL): Entwicklungen der letzten Jahre und Versuch einer Prognose**

Peter Egger • 2000 • 50 Seiten • ATS 400,00 bzw. EUR 29,07

### **Teilprojekt 5: Transnationale Direktinvestitionen und Kooperationen**

Wilfried Altzinger, Peter Egger, Peter Huber, Kurt Kratena, Michael Pfaffermayr, Michael Wüger • 2000 • ATS 400,00 bzw. EUR 29,07